

Pressespiegel
der CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück
Juli 2009



*Herausgeber: CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück / Fraktionsgeschäftsführer:
Alexander Illenseer / Rathaus/ Bierstr. 28, 49074 Osnabrück / Tel.: 0541/ 323-2021
Fax: 0541/27217 / Illenseer.a@osnabrueck.de*

Ausschnitt aus:

N02

vom: 2.7.09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Dez. 1, 2, 3
 FB

Auf dem Sprung nach Aachen

Kristina Wulf soll Eurogress-Chefin werden

swa **OSNABRÜCK.** Kristina Wulf, Chefin der Osnabrückhalle, wird neue Geschäftsführerin der „Eurogress“ Aachen. Der Rat hat das jetzt beschlossen, heißt es auf einer Internetseite der Stadt Aachen. Unter 70 Bewerbern, von denen acht in die engere Wahl kamen, lieferte die 42-Jährige die überzeugendste Vorstellung ab. Kristina Wulf begründete ihre Bewerbung um die Stelle in Aachen mit der schwierigen Situation der Osnabrückhalle. Notwendige Investitionen, um das Veranstaltungshaus fit zu machen, seien aufgrund der Finanzlage der Stadt nicht so bald in Sicht.

Ein Vertrag mit den Aachenern liege ihr allerdings auch noch nicht vor oder sei gar schon unterschrieben, sagte Kristina Wulf auf Anfrage. Ihr Wechsel nach Aachen sei also noch nicht 100-prozentig sicher: „Ich habe in Osnabrück deshalb auch noch nicht gekündigt.“

Oberbürgermeister Boris Pistorius würde Wulf gerne in Osnabrück halten und auch noch einmal das Gespräch mit ihr suchen. Ein höheres Gehalt könne er ihr aber nicht zusagen. Darum gehe es ihr nicht, betonte die Hallenmanagerin. Die Osnabrückhalle voranzubringen sei eine interessante Aufgabe. Aber wenn erst 2014 und nicht schon 2011 investiert werde, seien die Perspektiven in Aachen deutlich besser.

Die Eurogress in Aachen ist ein renommiertes Haus, aus dem zum Beispiel Fernseh-Liveübertragungen von



Bewerbungsfoto von Kristina Wulf. Foto: Presseamt Aachen

der Ordensverleihung „wider den tierischen Ernst“ ausgestrahlt werden. Sollte der Vertrag zustande kommen, würde Kristina Wulf Nachfolgerin von Eugen Rinder, der am 31. August aus dem Dienst ausscheidet.

Fritz Brickwedde, Osnabrücker CDU-Ratsfraktionschef, macht OB Pistorius verantwortlich dafür, dass Kristina Wulf, die 2007 Geschäftsführerin der Stadthalle geworden war, sich schon wieder nach neuen Aufgaben umschaute. Brickwedde: „Sie war damals die mit Abstand beste Bewerberin und ist mit Elan an ihre Aufgabe herangegangen.“ Die Art aber, wie sie in die Arena-Diskussion einbezogen worden sei, habe sie und das Hallenteam demotiviert. Brickwedde: „Ihr Weggang wäre ein großer Verlust für Osnabrück.“ Falls es jetzt noch in Aachen hakt, sollte Osnabrück mit aller Macht versuchen, Kristina Wulf zu halten.



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer
Fraktionsgeschäftsführer

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

illenseer.a@osnabrueck.de
www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung **Nummer 10/2009**

09. Juli 2009

Osnabrück.

CDU bedauert Entscheidung von Kristina Wulf, Osnabrück zu verlassen – Forderung nach Sanierung untermauert –

Die CDU-Stadtratsfraktion bedauert zutiefst die Entscheidung von Kristina Wulf, Osnabrück zu verlassen. Wie jetzt bekannt wurde, wird Kristina Wulf die Position in Aachen annehmen und sich von Osnabrück verabschieden. Ein großer Verlust für Osnabrück und vor allem für die OsnabrückHalle, betonte Irene Thiel, Aufsichtsratsvorsitzende der OsnabrückHalle.

„Ihr persönliches Engagement und ihre hohe fachliche Kompetenz waren für Osnabrück und die OsnabrückHalle ein nicht zu unterschätzender Wert. Alle Fraktionen haben ihre Wahl zur Geschäftsführerin der OsnabrückHalle seinerzeit begrüßt. Und auch bei den Mitarbeitern hat sie sich großes Vertrauen erworben. Die CDU in Osnabrück dankt Kristina Wulf für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute“, bilanziert Fraktionschef Fritz Brickwedde.

Vor allem im Verhalten des Oberbürgermeisters sieht die CDU den Grund für Wulfs Entscheidung. „Man kann den Eindruck gewinnen, dass Herr Pistorius an starken Geschäftsführerinnen nicht interessiert ist. Insbesondere der Umgang mit Frau Wulf im Zuge der Arena-Planung habe dies deutlich gemacht“, mahnt Irene Thiel.

Trotz des Weggangs von Kristina Wulf unterstützt die CDU weiterhin die Forderungen der scheidenden Hallenchefin, nun endlich einen klaren Stufenplan aufzustellen, um „nicht weiter den Mangel zu verwalten und Löcher zu stopfen, sondern die OsnabrückHalle nach vorn zu bringen“.

Die Sanierung der Halle, auch unter energetischen Gesichtspunkten, die weitere Verbesserung der technischen Standards, bspw. durch die Anpassung der Bühne und die Einrichtung einer ausfahrbaren Tribüne sowie weitere Investitionen sind nun notwendig, um die Zukunftsfähigkeit der Halle zu sichern und damit auch den Veranstaltungsort Osnabrück weiter zu stärken und die Attraktivität zu erhöhen so Thiel.

„Der notwendige Umbau der OsnabrückHalle muss nun durch einen entsprechenden politischen Beschluss untermauert werden“, so Burkhard Jasper, Vorsitzender des Finanzausschusses. „Auch bei der gegenwärtigen schwierigen Haushaltssituation müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.“ Dabei solle genau überlegt werden, welche Finanzierungswege gewählt werden.

CDU kritisiert Pistorius' Umgang mit Hallen-Chefin

„Mittel für Sanierung bereitstellen“

OSNABRÜCK. In einer Pressemitteilung hat die Osnabrücker CDU-Stadtratsfraktion jetzt den offenbar bevorstehenden Weggang der Stadthallen-Chefin Kristina Wulf zum Anlass genommen, um scharfe Kritik an Oberbürgermeister Boris Pistorius zu üben. Wulf ist Berichten zufolge ein Posten in Aachen angeboten worden, wo sie künftig die „Eurogress“ leiten soll.

„Die CDU-Stadtratsfraktion bedauert zutiefst die Entscheidung von Kristina Wulf, Osnabrück zu verlassen“, heißt es in der Erklärung der Christdemokraten. Wulfs Engagement und ihre hohe fachliche Kompetenz seien für die Osnabrückhalle ein nicht zu unterschätzender Wert gewesen. Alle Fraktionen hätten ihre Wahl zur Geschäftsführerin seinerzeit begrüßt. Und auch bei den Mitarbeitern habe sie sich großes Vertrauen erworben, so der CDU-Fraktionschef Fritz Brickwedde.

Den Grund für Wulfs Entscheidung für Aachen sieht die CDU vor allem im Verhalten des Oberbürgermeisters. „Man kann den Eindruck gewinnen, dass Herr Pistorius

an starken Geschäftsführerinnen nicht interessiert ist. Insbesondere der Umgang mit Frau Wulf im Zuge der Arena-Planung hat dies deutlich gemacht“, wird Irene Thiel, Aufsichtsratsvorsitzende der Osnabrückhalle, zitiert.

Trotz Wulfs Weggang unterstütze die CDU weiterhin die Forderungen der scheidenden Hallenchefin, einen klaren Stufenplan aufzustellen, um „nicht weiter den Mangel zu verwalten und Löcher zu stopfen, sondern die Osnabrückhalle nach vorn zu bringen“.

Die Sanierung der Halle, auch unter energetischen Gesichtspunkten, die weitere Verbesserung der technischen Standards sowie weitere Investitionen seien notwendig, um die Zukunftsfähigkeit der Halle zu sichern. „Auch bei der gegenwärtig schwierigen Haushaltssituation müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden“, so Burkhard Jasper, CDU-Kreisvorsitzender und Vorsitzender des städtischen Finanzausschusses. Es müsse genau überlegt werden, welche Finanzierungswege dafür gewählt werden könnten.

CDU bedauert den Abschied von Kristina Wulff

Forderung nach Sanierung untermauert.

Die CDU-Stadtratsfraktion bedauert zutiefst die Entscheidung von Kristina Wulff, Osnabrück zu verlassen. Wie jetzt bekannt wurde, wird Kristina Wulff die Position in Aachen annehmen und sich von Osnabrück verabschieden. Ein großer Verlust für Osnabrück und vor allem für die OsnabrückHalle, betonte Irene Thiel, Aufsichtsratsvorsitzende der OsnabrückHalle.

„Ihr persönliches Engagement und ihre hohe fachliche Kompetenz waren für Osnabrück und die OsnabrückHalle ein nicht zu unterschätzender Wert. Alle Fraktionen haben ihre Wahl zur Geschäftsführerin der OsnabrückHalle seinerzeit begrüßt. Und auch bei den Mitarbeitern hat sie sich großes Vertrauen erworben. Die CDU in Osnabrück dankt Kristina Wulff für die gute Zusammenarbeit und wünscht

ihr für die Zukunft alles Gute“, bilanziert Fraktionschef Fritz Brickwedde.

Vor allem im Verhalten des Oberbürgermeisters sieht die CDU den Grund für Wulffs Entscheidung. „Man kann den Eindruck gewinnen, dass Herr Pistorius an starken Geschäftsführerinnen nicht interessiert ist. Insbesondere der Umgang mit

Frau Wulff im Zuge der Arena-Planung habe dies deutlich gemacht“, mahnt Irene Thiel.

Trotz des Weggangs von Kristina Wulff unterstützt die CDU weiterhin die Forderungen der scheidenden Hallenchefin, nun endlich einen klaren Stufenplan aufzustellen, um „nicht weiter den Mangel zu verwalten und Löcher zu stopfen, sondern die

OsnabrückHalle nach vorn zu bringen“.

Die Sanierung der Halle, auch unter energetischen Gesichtspunkten, die weitere Verbesserung der technischen Standards, bspw. durch die Anpassung der Bühne und die Einrichtung einer ausfahrbaren Tribüne sowie weitere Investitionen sind nun notwendig, um die Zukunftsfähigkeit der Halle zu sichern und damit auch den Veranstaltungsort Osnabrück weiter zu stärken und die Attraktivität zu erhöhen, so Thiel.

„Der notwendige Umbau der OsnabrückHalle muss nun durch einen entsprechenden politischen Beschluss untermauert werden“, so Burkhard Jasper, Vorsitzender des Finanzausschusses. „Auch bei der gegenwärtigen schwierigen Haushaltsituation müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.“ Dabei solle genau überlegt werden, welche Finanzierungswege gewählt werden. (PA)



Die OsnabrückHalle muss dringend saniert werden. Foto: Schäfer



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer
Fraktionsgeschäftsführer

Telefon (0541) 323-4300
Telefax (0541) 27217

illenseer.a@osnabrueck.de
www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung **Nummer 13/2009**

16. Juli 2009

Osnabrück.

CDU steht hinter der OsnabrückHalle

„Wir stehen hinter der OsnabrückHalle“, mit dieser Klarstellung reagiert Fraktionschef Fritz Brickwedde auf die Äußerungen von Oberbürgermeister Pistorius. „Die CDU war und ist zu jeder Zeit daran interessiert gewesen, die Halle zu unterstützen und zukunftsfähig zu machen“, erklärt Aufsichtsratsvorsitzende Irene Thiel.

„Im November habe der Oberbürgermeister vorgeschlagen, 5 Angebote für ein Arena Gutachten einzuholen. Nach seinem Vorschlag sollte ausschließlich die Osnabrücker-Marketing und Tourismus GmbH (OMT) und die Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH (WFO) die Angebote bewerten. Eine Beteiligung der Stadthalle (OVK) und damit von Frau Wulf, als Expertin für Hallenmanagement, war von Oberbürgermeister Pistorius ausdrücklich nicht vorgesehen gewesen. Nur auf Antrag von CDU und FDP sind die Stadthalle (OVK) und Frau Wulf in das Verfahren der Bewertung mit einbezogen worden“, erinnert Fritz Brickwedde.

Wie der CDU-Fraktionsvorsitzende betont, habe er in einem offenen Brief an den Betriebsrat der OsnabrückHalle im September 2008 „explizit darauf hingewiesen, dass gerade die enorme Anstrengung und Leistung der Geschäftsführung, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und aller Beteiligten der OsnabrückHalle unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient. Die OsnabrückHalle steht in den letzten Jahren vor allem im Zeichen von Wandel, Modernisierung, erfolgreichem Management und einer motivierten Mitarbeiterschaft. Sie können sich sicher sein, dass die CDU-Fraktion in dieser Frage hinter Ihnen steht“, so Brickwedde.

In der September-Sitzung des Stadtrates hatte Fritz Brickwedde sich für eine ergebnisoffene Prüfung in der Arena-Frage eingesetzt. In diesem Zusammenhang hob er die sehr gute Arbeit der OsnabrückHalle hervor und ermutigte alle Beschäftigten, ihr großes Engagement fortzusetzen. „Die derzeitige Prüfung dürfe nicht zur Demotivation der Mitarbeiter führen. Er appellierte nachdrücklich an alle Ratsmitglieder, in einem sorgfältigen und ergebnisoffenen Prüfungsprozess einzutreten.“ Die damaligen Äußerungen stießen auf breite Zustimmung im Rat, wie der OB im Ratsprotokoll jederzeit ersehen könne.

„Ich habe das Gefühl, dass der Oberbürgermeister vorsätzlich den Eindruck erwecken will, die CDU stehe nicht hinter Halle, weil er mit seinen Plänen für eine Arena gescheitert ist“, vermutet Brickwedde. „Insofern entbehren die Aussagen von Herrn Pistorius jeglicher Grundlage“, stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende abschließend fest.

Ausschnitt aus: Osu. Sonntagszeitungvom: 19.7.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB WFOOsnabrück/Politik

CDU für Erhalt der OsnabrückHalle

Fraktionschef setzt sich für einen ergebnisoffenen Prüfungsprozess ein.

„Wir stehen hinter der OsnabrückHalle“, mit dieser Klarstellung reagiert Fraktionschef Fritz Brickwedde auf die Äußerungen von Oberbürgermeister Pistorius. „Die CDU war und ist zu jeder Zeit daran interessiert gewesen, die Halle zu unterstützen und zukunftsfähig zu machen“, erklärt Aufsichtsratsvorsitzende Irene Thiel.

„Im November habe der Oberbürgermeister vorgeschlagen, 5 Angebote für ein Arena Gutachten einzuholen. Nach seinem Vorschlag sollte ausschließlich die Osnabrücker-Marketing und Tourismus GmbH (OMT) und die Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH (WFO) die Angebote bewerten. Eine Beteiligung der Stadthalle (OVK) und damit von Frau Wulff, als Expertin für Hallenmanagement, war von Oberbürgermeister Pistorius nicht vorgesehen gewesen.

Nur auf Antrag von CDU und FDP sind die Stadthalle (OVK) und Frau Wulff in das Verfahren der Bewertung mit einbezogen worden“, erinnert Fritz Brickwedde.

In der September-Sitzung des Stadtrates hob Fritz Brickwedde die sehr gute Arbeit der OsnabrückHalle hervor und ermutigte alle Beschäftigten, ihr großes

Engagement fortzusetzen. „Die derzeitige Prüfung dürfe nicht zur Demotivation der Mitarbeiter führen.“

Er appellierte nachdrücklich an alle Ratsmitglieder, in einem sorgfältigen und ergebnisoffenen Prüfungsprozess einzutreten. Die damaligen Äußerungen stießen auf breite Zustimmung im Rat. (PA)



Die OsnabrückHalle steht weiterhin im Mittelpunkt der politischen Diskussion.

Foto: Schäfer



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer

Fraktionsgeschäftsführer

Telefon (0541) 323 - 4300

Telefax (0541) 27217

Mobil (0160) 97920937

illenseer.a@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 12/2009

10. Juli 2009

Osnabrück, 10.07.2009

CDU und FDP fordern kooperative Gesamtschule am Standort Eversburg

Nach dem hausgemachten Debakel von Oberbürgermeister, SPD und Grünen sind schnellstens Entscheidungen fällig, um den zu Recht völlig enttäuschten und verunsicherten Eltern, Lehrern und Schülern neue Perspektiven aufzuzeigen.

Deshalb setzen sich CDU und FDP am Schulstandort Eversburg für eine kooperative Gesamtschule ein.

„Eine zweite kooperative Gesamtschule in Osnabrück ist sinnvoll. Bereits zum Schuljahresbeginn nach den Sommerferien hätte eine Gesamtschule in evangelischer Trägerschaft am Schulzentrum Eversburg ihre Arbeit aufnehmen können, wenn SPD und Grüne nicht aus rein ideologischen Gründen eine Kehrtwendung gemacht hätten“, erklären der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Fritz Brickwedde und der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Thiele

Der Schulstandort Eversburg braucht klare Verhältnisse. Der Zulauf zur kooperativen Gesamtschule Schinkel zeigt deutlich, dass Eltern diese Schulform schätzen. Deshalb soll sich eine Gesamtschule Eversburg am Muster Schinkel orientieren.

„Wünschenswert wäre es, wenn man die Evangelische Kirche wieder ins Boot holen könnte. Wir bezweifeln aber, dass der OB über seinen Schatten springen kann und neue Gespräche mit der Kirche aufnimmt“, so die schulpolitischen Sprecher Charlotte Winkler (FDP) sowie Irene Thiel und Brigitte Neumann (CDU).

Die Christdemokraten und die Liberalen appellieren an den Oberbürgermeister und Rot-Grün, ihre gescheiterte Vorgehensweise zum Anlass zu nehmen, um jetzt nicht noch einen weiteren Fehler zu begehen, sondern endlich zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen und einer kooperativen Gesamtschule in Eversburg zuzustimmen.

Aus Frust über die erlittene Niederlage dürfen keine Kurzschlusshandlungen entstehen. Eine solche Kurzschlusshandlung wäre die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule am Standort Schölerberg, da die räumliche Situation dort bei weitem nicht ausreichend ist und zu voraussichtlichen Kosten von 20 Mio. € führen würde.

Um die gute Arbeit der Käthe-Kollwitz-Schule zu erhalten und weiterzuentwickeln, könnte es sinnvoll sein, diese als Schulversuch mit engerer Verzahnung von Haupt- und Realschule zu führen mit einer Verknüpfung mit den Berufsbildenden Schulen in der Stadt und den

→
bitte wenden

Fachoberschulen. Unterschiedliche Begabungen benötigen unterschiedliche Bildungsangebote.

Wichtig ist eine Durchlässigkeit des Systems mit der Möglichkeit, auch auf diesem Wege die Hochschulreife erlangen zu können.

„Für CDU und FDP ist es wichtig, dass den Schülern in der Stadt unterschiedliche und auf ihre Bedürfnisse und Lernfähigkeiten ausgerichtete Bildungsangebote zur Verfügung stehen. Mit den von uns vorgeschlagenen neuen Schulformen in Eversburg und Schölerberg können Schüler den Weg gehen, der ihren Fähigkeiten entspricht“, so Brickwedde und Thiele abschließend.

IGS-Ablehnung „nicht sachgerecht“

Stellungnahmen zur Gesamtschule

fmv OSNABRÜCK. Quer durch das Rathaus geht ein Riss. An seinen Rändern stehen Gesamtschulgegner und -befürworter. Wir fassen hier die Stellungnahmen zur Ablehnung des städtischen Antrags für eine Integrierte Gesamtschule in Eversburg durch die Landesregierung zusammen.

Von einer „schulpolitischen Geisterfahrt“ der Landesregierung unter Christian Wulff spricht die SPD-Fraktion. Die Entscheidung ignoriere den erklärten Elternwillens, verdränge pädagogische Notwendigkeiten und halte starr an ideologischen Feindbildern fest, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Christel Wachtel** und der Schulpolitiker **Paul Meimberg**.

Die SPD-Fraktion sieht sich „unbeirrt bei allen Eltern und Schülern im Wort“, denen sie die schnellstmögliche Errichtung einer IGS zugesagt hat. Auch bleibe sie bei der Position, dass keinerlei konfessionelle Schule eine neue staatliche IGS ersetzen dürfe. „Dahinter wird es kein Zurück geben“, sagten die SPD-Sprecher übereinstimmend. Was aktuell zu tun sei, hänge vom Wortlaut des Ablehnungsbescheids der Landesregierung ab.

Die SPD werde den beschrittenen Weg für eine IGS bis zum Ende zu gehen, erklärte auch Unterbezirks-Sprecher **Heiko Panzer**: Über 150 abgelehnte Anmeldun-

gen an der Gesamtschule Schinkel allein in diesem Sommer sprächen eine eindeutige Sprache und seien der Beweis dafür, dass diese Schulform eine erhebliche Nachfrage in Osnabrück hat.

Ähnlich **Michael Hagedorn**, Fraktionsvorsitzender der Grünen: Die Entscheidung sein „eindeutig politisch motiviert und von der lokalen wie der Landes-CDU gesteuert“. Somit werde der Elternwille mit Füßen getreten und gleichzeitig ein enormer finanzieller Schaden für die Stadt in Kauf genommen. Leider habe die Verwaltung durch eine schlechte Vorbereitung der Befragung diese „Steilvorlage“ erst möglich gemacht.

Ein „überhastetes Vorgehen der Verwaltung“ und „Ignoranz“ aufseiten der SPD macht **Christopher Cheeseman** (Linke) aus: „Die Verantwortung trägt eindeutig Boris Pistorius.“

Für die CDU-Fraktion sprechen **Fritz Brickwedde** und die stellvertretende Schulausschuss-Vorsitzende **Irene Thiel** von einem „Zickzackkurs“ des Oberbürgermeisters und der Ratsmehrheit, der wichtige Partner wie die Landeskirche verschreckt und die Eltern verunsichert habe. Der Schulstandort Eversburg müsse aber gesichert werden, so Irene Thiel. Zu denken sei auch an eine kooperativ geführte Schule bis zur 10. Klasse, die es den Schülern ermöglicht, über Berufsschule,

Fachgymnasium oder Gymnasium einen Hochschulzugang zu erhalten.

Einer IGS am Schölerberg werde aber die CDU nicht zustimmen, fügte **Brickwedde** hinzu, weil sie nicht finanzierbar sei: „Sollten SPD und Grüne eine IGS am Schölerberg durchdrücken wollen, wird sich die CDU für den Rest der Ratsperiode als Oppositionsfraktion verhalten.“ Einer „Konsenslösung“ werde seine Partei sich aber nicht verschließen.

Die Liberalen werfen dem Oberbürgermeister in Kooperation mit den Fraktionen von SPD, Grünen und Linke völliges Versagen bei der Einrichtung einer zweiten Gesamtschule in Osnabrück vor. Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Thomas Thiele** widerspricht dabei dem Vorwurf der Schadenfreude von Pistorius: „Es kann nicht sein, dass der Oberbürgermeister seine Unfähigkeit durch Vorwürfe gegen uns zu verdecken sucht. Selbstkritik wäre da eher angesagt. Die Taktiererei wird die Stadt Millionen kosten.“

Es sei den Eltern eben nicht egal, wo eine Schule steht, so Thiele und seine Fraktionskollegin **Charlotte Winkler**: „Wenn Eltern ihr Kind, egal wo, an einer IGS anmelden wollten, würden sie sich auch zehn Minuten Zeit nehmen, den Fragebogen auszufüllen.“ Die Einschätzung der Landes-schulbehörde über das mangelnde Interesse sei absolut zutreffend.

→
bitte wenden

Das sagen unsere Leser

„Statt sich parteiübergreifend für die Gründung neuer Gesamtschulen einzusetzen, verliert man sich in Osnabrück in ideologischen Grabenkämpfen. Es gibt einen Schulstandort, für den alle Voraussetzungen zur Errichtung einer IGS erfüllt waren: die Käthe-Kollwitz-Schule am Schölerberg. Die finanziellen Probleme sind sicherlich lösbar.“
Wolfgang Bottin
(Lehrer Käthe-Kollwitz-Schule)

„Es wundert mich gar nicht, dass bei der zweiten Elternbefragung die Beteiligung zu gering war. Es zeichnete sich doch von Anfang an ab, dass eine zweite Gesamtschule in Osnabrück politisch nicht gewollt ist.“
„Guinan“,
per Internet

„Ausgerechnet die Eltern, die man als Verbündete sah, zogen nicht mit. Wenn ihnen die IGS als Schulform mehrheitlich so

wichtig gewesen wäre, wie es Rot und Grün ja immer so gerne glauben, hätten sie auch die Mühsal auf sich genommen, an der zweiten Elternbefragung teilzunehmen. Aber so sehr liegt das Thema den meisten Eltern dann wohl doch nicht am Herzen.“
H. Plogmann,
per Internet

„1117 Eltern befürworteten in der ersten Elternbefragung die Errichtung einer IGS am

Standort der Käthe-Kollwitz-Schule. Dieses eindeutige Votum reicht aus, um den Bedarf für zwei neue Gesamtschulen nachzuweisen! Die Parteien sollten die erste Elternbefragung nun endlich ernst nehmen und die Gründung einer IGS am Schölerberg auf den Weg bringen. Die Alternative in Eversburg ist gescheitert.“
Stefan Knoll, stellvertretender Schulleiter Käthe-Kollwitz-Schule



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Alexander Illenseer
Fraktionsgeschäftsführer

Telefon (0541) 323-4300
Telefax (0541) 27217
Mobil (0160) 97920937

illenseer.a@osnabrueck.de
www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 12/2009

13. Juli 2009

Osnabrück.

Die Ausbreitung des Riesenbärenklau.

Auf Initiative von Burkhard Jasper fragte die CDU in der letzten Ratssitzung die Verwaltung, wie die Stadt der Verbreitung des Riesenbärenklau im Stadtgebiet entgegenwirkt und wie erfolgreich bisher die Bemühungen gewesen sind.

Seit Jahren ist eine starke Ausbreitung dieser auch Herkulesstaude genannten Pflanze bundesweit festzustellen. Der Riesenbärenklau ist gerade für spielende Kinder eine Gefahr, da er bei Hautkontakt schwere Verbrennungen verursacht.

Laut Aussage der Verwaltung wird derzeit eine Karte zu den Vorkommen erstellt, um eine Abstimmung der Maßnahmen seitens der beteiligten Dienststellen durchzuführen. Ein ungehindertes Ausbreiten der Stauden konnte bisher verhindert werden.

Die entstehenden Gefahren und Beeinträchtigungen abzuschätzen und in einem vertretbaren Rahmen zu halten, ist dabei das Bemühen. Die Pflanzen werden dazu an besonders exponierten Stellen wie Kinderspielflächen, Wegen oder besonders viel besuchten Grünanlagen gezielt beseitigt. Burkhard Jasper fordert die Verwaltung auf, in ihrem Bemühen zur Bekämpfung nicht nachzulassen.